

Offener Brief
zur "maßgeschneiderten Förderung" für Erwerbslose

13.03.2001

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schröder,
sehr geehrter Herr Arbeitsminister Riester,
sehr geehrte Damen und Herren MitarbeiterInnen des Bundesarbeitsministeriums,

mit großem Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung plant, mit Beginn des nächsten Jahres den Erwerbslosen eine "maßgeschneiderte Förderung" in Form individueller "Eingliederungspläne" anzubieten. Viele Erwerbslose fühlen sich bislang von den Arbeitsämtern vergessen, warten teilweise schon seit Jahren vergeblich auf ein Arbeitsangebot. Wir wissen aus den Erfahrungen vieler Beschäftigungsträger, welche Bedeutung selbst schlecht bezahlte ABM- oder SAM-Stellen für viele bislang Erwerbslose haben, und wie hart die Betroffenen oft um solche Stellen gekämpft haben.

Wir schätzen die gesellschaftlich übliche Bewertung von Erwerbsarbeit als wesentlichen Lebensinhalt und die Erwerbslosigkeit als Unglück sehr kritisch ein. In Berlin z.B. kommen etwa 375 Erwerbslose auf 1 freie Stelle, ohne Aussicht darauf, daß Erwerbsarbeit für alle je zu realisieren sei. Daher halten wir eine gesellschaftliche Umwertung für dringend erforderlich. Dies ändert aber nichts daran, daß wir jedes ernsthafte Bemühen befürworten, den von Erwerbslosigkeit Betroffenen und an ihr Leidenden alle Möglichkeiten anzubieten, doch noch zum begehrten Job zu kommen.

Geradezu entsetzt sind wir jedoch, wenn dieses Bemühen begleitet wird von einer Hetze gegen angeblich nicht Arbeitswillige, wie sie z.B. gestern in der ZDF-Sendung "heute" in der Neuschöpfung des Schimpfworts "Sozialkriminelle" eskalierte. Damit waren wohlgerne nicht etwa steuerhinterziehende Konzerne oder die Beteiligten an Spendenskandalen gemeint, sondern die Erwerbslosen.

Wir vertreten ganz klar das Recht auf Nichterwerbsarbeit und treten ein für eine bedingungslose Grundsicherung in Form eines Existenzgeldes für alle. Aber wir wissen auch, welche große Bedeutung Erwerbsarbeit für den überwiegenden Anteil der Bevölkerung heute hat, und wie sehr die meisten Erwerbslosen unter ihrer Situation leiden. Daher wenden wir uns entschieden gegen diese diskriminierende Stimmungsmache.

Wir fordern Sie auf, allen Äußerungen entschieden entgegenzutreten, die Öl ins Feuer dieser Stammtischparolen gießen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen zur gerechteren Verteilung der Erwerbsarbeit und zur Eröffnung von Chancen zur Teilhabe an Erwerbsarbeit ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen und Stigmatisierung.

Aus unserer Sicht wären als nachhaltig wirksame Maßnahmen v.a. deutliche Arbeitszeitverkürzungen für alle und die Einrichtung eines Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) für gesellschaftlich notwendige, aber nicht marktfähige Tätigkeiten v.a. im sozialen und kulturellen Bereich erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen	Jürgen Freier	Dieter Hoch	Erwin Riedmann
	Angelika Gödde	Joachim Maiworm	Anne Seeck
	Axel Grundler	Birgit Mathy	Elisabeth Voß
	Hans Hagen	Katrin Mohr	Gerald Wolf

Die "Initiative Anders Arbeiten" ist ein Zusammenhang verschiedener Gruppen und Einzelpersonen, der sich aus der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses "Anders arbeiten – oder gar nicht?!" im April 1999 in der Berliner Humboldt-Universität, veranstaltet u.a. von Netzwerk Selbsthilfe und Contraste – Monatszeitung für Selbstorganisation, entwickelt hat. Das Anliegen unseres Kongresses war es, die verschiedenen Ansätze des sog. "Dritten Sektors" aus den Bewegungen der Genossenschaften, der Selbstverwaltung und der Bürgerrechtlerinnen zusammenzuführen und Ausgestaltungsmöglichkeiten sozialer Ökonomie und Perspektiven selbstbestimmter Arbeit zu diskutieren. Es wurde ein "Frühlingspapier" (siehe Anlage) verabschiedet, in dem u.a. Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Förderung von selbstorganisiertem Leben und Arbeiten und von lokalem Wirtschaften für eine nachhaltige Entwicklung sowie zum Umbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors formuliert wurden. Wir führen weiterhin Veranstaltungen zu aktuellen Themen durch.